

Bericht aus Berlin

12. Oktober 2018

Liebe Freundinnen und Freunde,

im Koalitionsausschuss standen drei Themen im Mittelpunkt, die nun unsere aktuelle politische Arbeit prägen: Wirksame Maßnahmen gegen Dieselfahrverbote, Eckpunkte zur Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten sowie ein Energiesammelgesetz zu den erneuerbaren Energien und diversen anderen energiepolitischen Fragen.

Die Vermeidung von Fahrverboten und die Sicherung von Mobilität stehen für uns an erster Stelle. Neben dem 1 Milliarde schweren Sofortprogramm für saubere Luft, mit dem unter anderem Dieselfahrer und Taxen umgerüstet werden sollen, sind jetzt auch Nachrüstungen für schwere Kommunalfahrzeuge, Lieferwagen und Handwerkerautos vorgesehen. Diese Fahrzeuge haben einen extrem hohen Anteil an der innerstädtischen Luftverschmutzung. Diesel-Fahrverbote sollen überhaupt erst ab einem Ausstoß von mehr als 270 mg/km Stickoxid gelten. Dieser wird allerdings auch von vielen älteren Dieseln der Schadstoffklassen Euro 4 oder Euro 5 nicht eingehalten. Wer ein über dem Grenzwert liegendes Fahrzeug fährt und in Städten mit Fahrverboten wohnt oder arbeitet oder im angrenzenden Landkreis wohnt, soll zwei Alternativen erhalten: In Zusammenarbeit mit Automobilherstellern werden Umtauschprämien oder Rabatte für den Wechsel auf ein umweltfreundlicheres Fahrzeug (auch Gebrauchtfahrzeug) angeboten. Als zweite Möglichkeit käme – nur bei bestimmten Euro 5-Fahrzeugen technisch möglich – eine Hardware-Nachrüstung in Frage. Dass diese Angebote auch Pendler und die an die betroffenen Städte angrenzenden Landkreise einschließen, finde ich prinzipiell begrüßenswert. Der Teufel liegt – zumindest aus Dithmarscher und Steinburger Sicht – im Detail: Da die beiden Kreise bei aller Nähe zur Hansestadt keine direkte Grenze mit Hamburg haben, würden ausschließlich Pendler profitieren. Hier wäre eine Vorgabe, die sich nicht an zufällig gewachsenen Verwaltungsgrenzen, sondern schlicht an der Entfernung orientiert, eine sachgerechtere und fairere Lösung. Ich habe dieses Thema bereits in der Fraktion angesprochen und mache mich weiter für eine entsprechende Korrektur der Regelung stark. Die Vereinbarung aus dem Koalitionsausschuss zum „Konzept für saubere Luft und die Sicherung der individuellen Mobilität in unseren Städten“ ist diesem Bericht als Anlage beigefügt.

Dass in Deutschland Fachkräftemangel herrscht, steht außer Frage. Wir können den steigenden Bedarf trotz aller Ausbildungs-offensiven vor Ort nicht decken. Angesichts von rückläufigen Zahlen von Fachkräften, die aus der EU zu uns kommen, kommen wir nicht umhin, den Zuzug von Fachkräften aus Drittstaaten zu regeln. Per Gesetz werden wir diesen bedarfsgerecht steuern, auf hohe Qualifikation Wert legen und eine Zuwanderung in die Sozialsysteme verhindern. Klare Regeln werden dazu beitragen, unsere Wirtschaft und unser Sozialsystem zu stärken und zu sichern. Ich warne in diesem Zusammenhang allerdings dringend vor einer falschen Erwartungshaltung, nämlich dass die legale Arbeitsmigration für Qualifizierte ein Heilmittel gegen illegale Zuwanderung darstellen könne.

Mit dem Energiesammelgesetz schaffen wir wichtige Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Damit werden wir das Ausbauziel von 65 % in 2030 erreichen. Auch hier setze ich mir die Wahlkreis-Brille auf und finde im Entwurf ein – diesmal positives – Detail: Die durchgehende Nachtbefeuern von Windkraftanlagen, die gerade an der Westküste den Nachhimmel stört, wird bald Geschichte sein. Die Zukunft gehört Warnanlagen, die nur bei Annäherung eines Flugzeuges blinken, eine verpflichtende Nachrüstung von Altanlagen ist geplant. In diesem Sinne hoffe ich, dass es dem Berliner Politikbetrieb wenigstens in diesem Punkt gelingt, für eine erholsame Nachtruhe in unserem Land zu sorgen.

Den gewohnten Bericht des Fraktionsvorsitzenden wird es diese Woche leider nicht geben. Ob und in welcher Form dieser zukünftig wieder aufgelegt wird, ist bisher unklar. Davon unabhängig werde ich Sie und Euch auch zukünftig über die aktuelle politische Lage in Berlin informieren.

Ihr/Erer


Mark Helfrich

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon 030 227 78174

Fax 030 227 70175

mark.helfrich@bundestag.de

www.mark-helfrich.de

Konzept für saubere Luft und die Sicherung der individuellen Mobilität in unseren Städten

Deutschland und Europa haben sich sehr ehrgeizige Ziele für die Luftreinheit in unseren Städten gesetzt. Das ist wichtig für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, die dort leben und arbeiten.

In den letzten Jahren ist die Belastung mit Stickoxiden in deutschen Städten deutlich zurückgegangen. Die Luft ist sauberer geworden. Trotzdem überschreiten noch zahlreiche Städte den Stickstoffdioxid-Grenzwert von $40\mu\text{g}/\text{m}^3$ Luft im Jahresmittel.

Wir wollen Fahrverbote verhindern und dort, wo sie unumgänglich sind, Nachteile für Bürgerinnen und Bürger, die auf individuelle Mobilität angewiesen sind, vermeiden. Dies gilt sowohl für finanzielle Belastungen als auch für Nutzungseinschränkungen. Dabei hat die Automobilindustrie ebenfalls eine hohe Verantwortung.

Die Bundesregierung unterstützt die Länder und die betroffenen Städte dabei, die Grenzwerte baldmöglichst einzuhalten und alle Maßnahmen auszuschöpfen, die zur Reduzierung von Stickoxiden führen, ohne die Mobilität einzuschränken.

Dazu gehören moderne Luftreinhaltepläne und kommunale Maßnahmen, wie die Schaffung intelligenter Infrastrukturen, die Umrüstung von Diesel-Bussen und von Taxen, die Digitalisierung und ganz zuvorderst der Ausbau der Elektromobilität. Hierfür hat die Bundesregierung eine Milliarde Euro für die betroffenen Kommunen bereitgestellt.

Auch die Automobilhersteller leisten durch die Software-Updates von bis zu 6,3 Mio. Diesel-Fahrzeugen einen Beitrag.

In den Städten, die von Grenzwertüberschreitungen betroffen sind, wird die Bundesregierung **weitere Fördermaßnahmen** umsetzen:

- **Hardware-Nachrüstung bei schweren Kommunalfahrzeugen**
Die Bundesregierung wird alle Kommunen, die den Stickoxid-Grenzwert von $40\mu\text{g}/\text{m}^3$ Luft überschreiten dabei unterstützen, ihre schweren Kommunalfahrzeuge (über 3,5t) wie etwa Müllwagen oder Straßenreinigungsfahrzeuge mit einer Hardware-Nachrüstung (SCR-System) auszustatten. Die Förderquote soll ab Anfang 2019 80% betragen und die Förderung noch 2018 beantragt werden können. Auf diese Weise können etwa 28.000 Fahrzeuge umgerüstet werden. Dies ist besonders effektiv, da diese Fahrzeuge ständig im Stadtverkehr eingesetzt sind.
- **Hardware-Nachrüstung bei Handwerker- und Lieferfahrzeugen**
Handwerker- und Lieferfahrzeuge sind ständig in den Städten unterwegs. Die Bundesregierung wird daher die Hardware-Nachrüstung mit einem SCR-System von solchen Fahrzeugen mit bis zu 80% Förderung unterstützen. Förderberechtigt sollen Fahrzeughalter mit gewerblich genutzten Fahrzeugen von 2,8t bis 7,5t sein, die ihren Firmensitz in der von Grenzwertüberschreitungen betroffenen Stadt oder den angrenzenden Landkreisen haben sowie die gewerblichen Fahrzeughalter, deren

Firma nennenswerte Aufträge in der Stadt hat. Die Bundesregierung wird mit den Automobilherstellern über die Kostentragung für den Restanteil verhandeln.

Nach Einschätzung des Bundes sind diese Maßnahmen in Ergänzung zu den Aktivitäten der Länder und Kommunen ausreichend, dass alle Städte, in denen ein Stickoxid-Jahresmittelwert von nicht mehr als $50\mu\text{g}/\text{m}^3$ Luft gemessen wurde, die Grenzwerte zukünftig ohne Verkehrsbeschränkungen einhalten können. Insofern wären Verkehrsbeschränkungen (Einfahrt oder Durchfahrt) aus Gründen der Luftreinhaltung in diesen Städten unverhältnismäßig.

Das Bundesverwaltungsgericht hat festgestellt, dass Verkehrsbeschränkungen zulässig sind und geboten sein können. Viele Kommunen haben den Bund daher gebeten, hierfür einheitliche Regeln vorzusehen.

Die Bundesregierung wird daher unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit durch eine Änderung des Bundes-Immissionschutzgesetzes eine Regelung für besonders belastete Städte, in denen ein Stickoxid-Jahresmittelwert von mehr als $50\mu\text{g}/\text{m}^3$ Luft überschritten wird, schaffen. Die kommunale Selbstverwaltung bleibt davon unbenommen.

Der Bund wird dabei sicherstellen, dass die Verkehrsüberwachungsbehörden auf die Daten des Zentralen Fahrzeugregisters zugreifen können, um fahrzeugindividuell die Einhaltung der Verkehrsbeschränkungen überprüfen zu können. Eine besondere Kennzeichnung (blaue Plakette) ist damit nicht erforderlich.

Derzeit sind 14 Städte (siehe Anlage) in Deutschland in diesem Sinne besonders belastet. In diesen sind schnelle Verringerungen der Emissionen der PKW-Flotte äußerst dringlich und besonders effektiv. Auch hier ist es das wichtigste Ziel, Fahrverbote zu vermeiden. Für den Fall, dass dies dennoch erforderlich ist, muss sichergestellt werden, dass in diesen Regionen Diesel-Fahrzeughalter ein Angebot bekommen, wie sie auch im Falle von Verkehrsbeschränkungen ihre Mobilität erhalten können. Dabei sollen Belastungen für die betroffenen Bürger möglichst vermieden werden.

Um dies zu ermöglichen, wird der Bund festlegen, dass Fahrzeuge der Schadstoffklassen Euro 4 und Euro 5, sofern sie weniger als $270\text{ mg}/\text{km}$ Stickoxid ausstoßen, in die Gebiete mit Verkehrsbeschränkungen aus Gründen der Luftreinhaltung einfahren oder durchfahren können und damit von Fahrverboten verschont bleiben.

Bewohner der besonders betroffenen Städte und weiterer Städte, in denen ein demnächst aufgestellter, bestandskräftiger Luftreinhalteplan wegen fehlenden rechtlichen Ermessensspielraums Verkehrsbeschränkungen vorsieht, Bewohner der angrenzenden Landkreise und außerhalb dieser Gebiete wohnhafte Fahrzeughalter, die ein Beschäftigungsverhältnis in der Stadt haben und Selbstständige, die ihren Firmensitz in der Stadt haben und deswegen aus beruflichen Gründen in die Städte pendeln müssen sowie Fahrzeughalter, für die es eine Härte bedeuten würde und deren Fahrzeug diesen technischen Anforderungen nicht genügt, erhalten zwei alternative Angebote:

- **Möglichkeit 1:**

- **Umtausch-Aktion**

Die deutschen Automobilhersteller haben dem Bund zugesagt, den Fahrzeughaltern von Euro 4 und Euro 5 Diesel-Fahrzeugen ein Tauschprogramm mit attraktiven Umstiegsprämien oder Rabatten anzubieten. Dabei soll der besondere Wertverlust, den Diesel-Fahrzeuge durch die Debatte um deren Schadstoffausstoß erlitten haben, ausgeglichen werden. Anders als bei Prämien in der Vergangenheit nur für Neufahrzeuge soll insbesondere auch der Tausch gegen ein anderes Gebrauchtfahrzeug, das nicht von den Verkehrsbeschränkungen betroffen ist, ermöglicht werden, um Belastungen für die betroffenen Bürger möglichst zu vermeiden. Von den ausländischen Automobilherstellern erwarten wir, dass sie ihren Kunden vergleichbare Angebote machen. Dadurch und weil die Umtausch-Aktion sofort beginnen kann, könnte sichergestellt werden, dass jeder betroffene Euro 4/5-Dieselskunde vor der möglichen Einführung von Verkehrsbeschränkungen in seiner Region über ein anderes Fahrzeug verfügt, welches ihm die Einfahrt ermöglicht.

- **Möglichkeit 2:**

- **PKW Hardware-Nachrüstung**

Will ein betroffener Fahrzeughalter die Hardware-Nachrüstung seines Euro 5-Diesel-Fahrzeugs mit einem SCR-System (Harnstoff-Einspritzung/AdBlue®) und ist dieses verfügbar und geeignet, den Stickoxidausstoß auf weniger als 270 mg/km zu reduzieren, erwartet der Bund vom jeweiligen Automobilhersteller, dass er die Kosten hierfür einschließlich des Einbaus übernimmt. Der Bund wird die genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass solche Systeme möglichst bald auf dem Markt verfügbar sein können. Die Haftung richtet sich nach den Regelungen für das Werkvertragsrecht im Bürgerlichen Gesetzbuch. Damit tragen die Nachrüster die Haftung.

Die genannten Maßnahmen zusammen führen dazu, dass alle Möglichkeiten ergriffen werden, den Verkehr in unseren Städten besser zu organisieren, unsere Infrastruktur zu verbessern, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und die Elektromobilität zu fördern. Gleichzeitig wird der Schadstoffausstoß der Fahrzeuge, die sich besonders viel in den Innenstädten bewegen, wirksam reduziert. Städte mit einer geringen Grenzwertüberschreitung sollen von Verkehrsbeschränkungen verschont bleiben. In besonders belasteten Städten, wo Verkehrsbeschränkungen möglicherweise nicht vermieden werden können, erhalten die betroffenen Bürger durch die Hersteller die Möglichkeit, ein Fahrzeug zu erhalten, das sicher von Fahrverboten ausgenommen ist. Hardware-Nachrüstung von PKW wird in diesen Regionen ebenfalls ermöglicht. Damit wird dem wichtigen Anliegen eines ambitionierten Gesundheitsschutzes in unseren Städten Rechnung getragen und Mobilität in den Städten wird auch hinsichtlich der Diesel-Fahrzeuge verlässlich und berechenbar.

Anlage

Liste der **besonders belasteten Städte in 2017** mit einem Jahresmittelwert von mehr als 50 Mikrogramm NO₂ pro m³ Luft ¹⁾

Stadt	Höchster Jahresmittelwert in 2017 [µg NO₂ / m³ Luft]
München	78
Stuttgart	73
Köln	62
Reutlingen	60
Düren	58
Hamburg	58
Limburg a.d. Lahn	58
Düsseldorf	56
Kiel	56
Heilbronn	55
Backnang	53
Darmstadt	52
Bochum	51
Ludwigsburg	51

¹⁾ Auszug aus der Liste „NO₂-Grenzwertüberschreitungen 2017“ des Umweltbundesamtes (Stand: 30.05.2018)